

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1924**

23.6.1924 (No. 144)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karlsruher  
Straße Nr. 14  
Verleger:  
Nr. 953  
und 954  
Postfachkonto  
Karlsruhe  
Nr. 3515

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger:  
Chefredakteur  
G. A. M. e. n. d.,  
Karlsruhe

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert monatlich 2,60 Goldmark. — Einzelnummer 10 Goldpfennig, Samstag 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verwehrt werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antilige Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Abrechnung, Zwangsweise Verbreitung und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gebühr übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluß erfolgen.

### Amtlicher Teil

#### Die Lage des Arbeitsmarktes

In der Woche vom 12. bis 18. Juni hat sich die Arbeitsmarktlage gegenüber der Vorwoche sehr deutlich verschlechtert. Das geht schon aus den wiederanstiegenden Erwerbslosenziffern hervor. Die Zahl der Erwerbslosen (Hauptunterstützungsempfänger), die seit einiger Zeit in stetiger Abnahme begriffen war, stieg von 11 700 auf rund 12 200, es ist also eine Zunahme von 500 zu verzeichnen. Die Entlassungen von Arbeitskräften mehrten sich, Kurzarbeit wird in verstärktem Maße eingeführt, es kommt bereits zu Betriebsschließungen und Stilllegungen.

In der Landwirtschaft besteht lebhaftere Nachfrage nach Arbeitskräften für die im Gang befindliche Sauernte. In der Steinindustrie des Mosbacher Bezirks wurden weitere Einschränkungen vorgenommen. Die Lage in der metallverarbeitenden Industrie neigt im allgemeinen zu weiterer Verschlechterung. Abgesehen von Mannheim, wo die Beschäftigungsmöglichkeit für Facharbeiter noch verhältnismäßig günstig war, wird über Betriebs-einschränkungen, Entlassungen und Kurzarbeit berichtet. Ein Großbetrieb des Karlsruher Bezirks hat geschlossen, rund 2000 Arbeiter sind davon betroffen. Die Anforderungen anderer Großbetriebe hielten sich in mäßigen Grenzen. Die Schwarzwälder Uhrenindustrie schritt zu Arbeitszeitverkürzungen bis zu 3 Tagen in der Woche. Auch in der Forstheimer Schmuckwarenindustrie hat die Kurzarbeit stark zugenommen. Mindestens 10 000 Arbeiter sind bis jetzt davon betroffen. Die südbadische chemische Industrie zeigt noch einige Nachfrage nach Arbeitskräften (Ofenarbeitern). Auch das Spinnstoffgewerbe des Wiesentals war in einzelnen Orten noch aufnahmefähig. Voll beschäftigt sind noch die Weinheimer Lederfabriken. Dagegen mußte eine Mannheimer Schuhfabrik eine starke Betriebseinschränkung (Kurzarbeit) vornehmen, von der rund 100 Arbeitskräfte betroffen werden. Die Aussperrung in der badischen Holzindustrie ist nunmehr beendet, die Arbeit ist wieder aufgenommen worden, die Arbeiter wurden jedoch im Hinblick auf die Wirtschaftskrise da und dort nur zum Teil wieder eingestellt. Die Arbeitsmarktlage in der Tabakindustrie hat sich weiter verschlechtert. Kurzarbeit wurde in vermehrtem Umfang eingeführt. Im Heidelberger Bezirk dauern die Entlassungen an. Im Bekleidungs-gewerbe ist es weiter ruhig. Der Bedarf des Baugewerbes an Facharbeitern ist im großen und ganzen gedeckt; soweit noch Nachfrage besteht, kann sie laufend befriedigt werden. Im Gastwirtschaftsgewerbe hat der lebhaftere Geschäftsgang angehalten, Köche, Köchinnen und Küchenmädchen sind stark begehrt. Im Fremdenverkehr besteht noch ungedeckte Nachfrage nach jungen Kellnern sowie nach gelerntem männlichem und weiblichem Kochpersonal für Schwarzwaldfürorte. Im Handelsgewerbe ist die Lage schwach. Anmeldungen offener Stellen gehen wenig ein; Reisende und Provisionsvertreter, vereinzelt auch gute Spezialkräfte sind gefragt. Für Techniker ist noch keine Besserung zu verzeichnen.

Die Wahlen zum Anhaltischen Landtag sind ruhig verlaufen. Bis 12 Uhr nachts lagen bis auf 2 Industriege-meinden, die möglicherweise noch eine kleine Verschiebung bringen können, die Ergebnisse vor. Danach erhalten die Deutsche Volkspartei 8, die Bodenreformer 1, die Demokraten 1, Landbund 3, Deutsch-Völkische 2, Deutschnationale 4, Hausbesitzer (Stadt und Land) 1, Wirtschaftspartei 1, Kommuni-sten 4 und Sozialdemokraten 19 Sitze. Die einzelnen bür-gerschaftlichen Gruppen waren mit den beiden Hauptgruppen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei eine Listen-verbundung eingegangen, wodurch die einzelnen Reststimmen gegenseitig verrechnet wurden. Die Sozialdemokraten be-haupteten ihren Stand. Die kommunistischen Stimmen sind von 22 000 auf 16 000 herabgegangen, die der Deutschvölk-ischen von 9600 auf 7100. Die Demokraten büßten 4000 Stim-men ein.

Der Streitparagraf der Eisenbahner. Zu der Bespre-mung der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamter, daß der Reichsverkehrsminister von der Gewerkschaft die Strei-kung des Streitparagrafen aus ihren Satzungen nicht ver-langen habe, hören wir von zuständiger Seite: Der Reichs-verkehrsminister verlangt von der Reichsgewerkschaft eine dem Standpunkt der Regierung entsprechende Änderung des § 2 der Satzungen (das ist zur Zeit der Streitparagraf) oder eine betrübende verbindliche Erklärung, die sich mit dem Standpunkt der Reichsregierung im Einklang befindet. Der Standpunkt der Reichsregierung ist bekannt. Sie erkennt nach wie vor das Streikrecht der Beamten nicht an.

### Umkehr in der Finanzpolitik?

Von einem parlamentarischen Mitarbeiter wird dem „Bad. Beobachter“ geschrieben:

Wir stehen, wenn nicht alles täuscht, vor schwerwie-genden und tiefgreifenden Entscheidungen auf dem Ge-biete der Finanzpolitik des Reiches. Die augenblicklichen Beratungen der Reichsregierung beziehen sich nämlich auch auf das Problem einer grundsätzlichen und grund-legenden Änderung unserer bisherigen allgemeinen Wirtschafts- und Finanzpolitik.

Das Ziel kann nach Lage der Dinge nur sein: Verbilli-gung der ganzen öffentlichen Wirtschaft.

Um von den hohen Preisen, die auch jetzt noch in allen Zweigen der Wirtschaft vorherrschen, herunterzukommen, muß von oben angefangen werden. Das Reich muß einen natürlichen Abbau dadurch die Wege ebnen, daß es zunächst in seiner Tarifpolitik neue Wege einschlägt. Und die Vorbereitungen hierzu sind im vollen Gange.

Die bisherige Politik des Reiches ging und zwar mit vollem Recht, darauf hin, sich möglichst viel Betriebs-mittel zu sichern und sie für alle Zwischenfälle in Re-sERVE zu halten. Diese sogenannte **Thesaurierungspoli-tik** hatte solange ihre Berechtigung, als die ganze Wirt-schaft mit Unsicherheitsfaktoren aller Art, rechnen mußte. Heute da wir mit einer stabilen Währung und mit ihrer Erhaltung rechnen können, fallen die Voraussetzungen für eine solche Politik weg.

Man wird dazu übergehen müssen durch eine Herabset-zung der Tarife für die Reichsverkehrsunternehmungen, insbesondere für Eisenbahn und Post, den ersten Schritt zu dem großen Preisdruck auf die ganze öffentliche Wirt-schaft zu tun.

Und diesen Schritt zu tun, ist die Reichsregierung ent-schlossen. Durch eine Verbilligung der Tarife wird die Rückwirkung auf die gesamte Staats- und Privatwirt-schaft bezüglich des Abbaus der Preise gegeben sein.

Natürlich kann eine solche Tarifherabsetzung allein den systematischen Preisabbau — denn nur um einen vorübergehenden könnte es sich handeln, wenn wir zu einer grundlegenden Neuordnung der Dinge kommen wollen, nicht herbeiführen. Es muß hinzu kommen die **Herabsetzung der Kohlenpreise**. Auch nach dieser Rich-tung sind bereits die notwendigen Schritte eingeleitet. Mit der Kohle hängt die ganze Produktion ursprüng-lich zusammen. Vom Kohlenpreis sind aber auch die Produktionspreise ursächlich abhängig. Ein Preisabbau ohne vorangegangene Senkung der Kohlenpreise ist nicht möglich. Zu einer solchen Senkung konnte man bisher nicht schreiten, weil der Ruhrbergbau durch die Wiccum-Verträge ungebührlich belastet, ja sogar gedrosselt war. Würde es möglich sein, diese Wiccumlasten vom Bergbau zu nehmen, und die Wiccumverträge, wie es auch im Sachverständigenratgutachten vorgesehen ist, in den Rah-men der neuen allgemeinen Regelung einzufügen, dann würde mit einer Herabsetzung der Kohlenpreise um etwa 30 Prozent gegenüber dem bisherigen Stand gerechnet werden können.

Aber auch damit wäre noch nicht das aufgesetzte Ziel der Verbilligung der gesamten öffentlichen Wirtschaft zu sichern. Es muß hinzutreten eine **grundsätzliche Umkehr auch in der Finanzpolitik des Reiches**.

Daß unser gegenwärtiges Steuer- und Finanzsystem nur für eine Übergangszeit Berechtigung hatte, daß es nur dazu dienen konnte, über lebensgefährdende Schwie-rigkeiten für Handel und Verkehr hinwegzukommen, war von Anfang an klar. Daraus ergab sich aber auch, daß eine Änderung in diesem System in demselben Augen-blick Platz greifen muß, in welchem sich die Wirtschaft zu konsolidieren beginnt. Dieser Zeitpunkt ist nun ge-kommen. Seinen Notwendigkeiten dürfte dadurch Rech-nung getragen werden, daß eine **organische Neugestalt-ung unseres gegenwärtigen Steuersystems** nun in die Wege geleitet wird. Ein diesbezüglicher Plan wird ge-genwärtig auch im Reichsfinanzministerium vorbereitet. Er dürfte alsbald dem Reichskabinetts zur Beratung in Vorlage gebracht werden.

Die Reform muß nach Lage der Dinge in erster Linie ein-sehen bei der **Umsatzsteuer**. Das gegenwärtige Sys-tem der Umsatzsteuer, das die roheste Methode der Be-steuerung überhaupt darstellt, kann im Rahmen einer Aktion mit dem Ziele der Verbilligung der gesamten öffentlichen Wirtschaft nicht beibehalten werden. Die Umsatzsteuer, zumal in ihrer jetzigen Höhe, stellt einen starken, die gesamte Produktion verteuernenden Faktor dar.

Es wird also, da man nach Lage der Dinge eine völlige Aufhebung der Umsatzsteuer aus fiskalischen Gründen nicht vornehmen kann, doch eine **erhebliche Herabsetzung der Umsatzsteuer** Platz greifen müssen.

Aber auch das gegenwärtige System der Vorauszah-lungen auf die Einkommensteuer ist nicht mehr länger zu halten. Auch hier werden bestimmte Maßnahmen im Sinne einer organischen Neugestaltung der Einkom-mensteuer-Erhebungen getroffen werden müssen.

All diese Maßnahmen werden im Zusammenhange in der Tat die Grundlage für einen völligen Systemwech-sel in der bisherigen Finanzpolitik des Reiches geben müssen. Die Rückwirkungen auf die gesamte Wirt-schaftspolitik werden sich dabei rasch von selber ergeben. Das Reichsfinanzministerium ist gegenwärtig ziemlich be-weglich, so daß es dazu übergehen kann, gerade bezüglich der Steuern eine andere Politik einzuschlagen. Daß dies nur möglich ist auf dem Boden einer stabilen Wäh-rung, ist selbstverständlich. Und letzten Endes gilt es auch noch der Erhaltung der Währung, wenn die Pro-duktion in Einklang gebracht wird mit den Interessen der Bedürfnisse der gesamten Wirtschaft. Dazu ist aber wiederum erforderlich, daß wir in der Steuerpolitik nicht mit allen möglichen Unsicherheitsfaktoren zu rechnen brauchen, sondern daß das ganze Steuersystem in einen festgefühten Rahmen gebracht wird. Und dieses Ziel zu erreichen, ist die Aufgabe der jetzigen vorbereitenden Maßnahmen im Schoße der Reichsregierung.

### Die Aufgaben der zukünftigen deutschen Handelspolitik

In Berlin fand unter starker Beteiligung hervorragender Vertreter der deutschen Wirtschaft, insbesondere der elektro-technischen Industrie, und unter Anwesenheit des Reichswirt-schaftsministers Gamm, die ordentliche Mitgliederversammlung des **Zentralverbandes der Deutschen Elektrotechnischen Indu-strie** statt. Der Vorsitzende, Karl Friedrich von Siemens, wies in einleitenden Worten darauf hin, daß wir in Deutschland jetzt an der schwierigsten Stelle der Wirtschaftskrise angelangt seien. Die Industrie, die nach dem Kriege leider nicht unge-stört an die Wiederaufbauarbeiten gehen konnte, sondern sich gegen eine Debe von außen und innen wehren mußte, siehe vor neuen Belastungen durch das Sachverständigenratgutachten. Nachdem sie durch die Inflationswirtschaft bereits stark ge-schwächt sei, sei es einer der wichtigsten Probleme der Zukunft, festzustellen, ob sie die Belastungen überhaupt noch weiter tra-gen könne, ohne vollkommen konkurrenzunfähig zu werden.

Sobann ergriff der frühere Reichswirtschaftsminister von Raumer das Wort zu einem Referat über die wirtschaftliche Umstellung seit 1914 und die sich hieraus ergebenden **Aufgaben der künftigen deutschen Handelspolitik**. Herr von Raumer wies auf die großen Umwälzungen hin, die durch den Welt-krieg in wirtschaftlicher Hinsicht in der Weltwirtschaft einge-treten seien. Amerika, der größte Kriegsgewinnler, habe seine Produktion seit Beginn des Krieges ganz bedeutend erhöht und durch wirtschaftlich die frühere europäische Vorrachts-stellung in der Welt erheblich zu seinem Gunsten verschoben. Der Wert der amerikanischen Produktion betrug im Jahre 1909 28,7 Milliarden Dollar, im Jahre 1919 65 Milliarden Dollar. In Farben bezogen die Vereinigten Staaten vor dem Kriege 90 Prozent ihres Bedarfs vom Ausland, heute stellen sie 90 Prozent selbst her. In der Roheisenbeziehung ist Amerika weit an die Spitze gerückt. Infolge dieser zunehmenden Indu-strialisierung habe der Ausfuhrüberschuß von 1914 bis 1921 den Betrag von 22 Milliarden Dollar erreichen können. Habe Amerika 1914 6 Milliarden Auslandsschulden gehabt, verfüge es heute über 5 Milliarden Auslandssorderungen. Die eu-ropeäischen Staaten müßten an Amerika jährlich etwa 600 Mil-lionen Dollar Zinsen zahlen. Die Industrie der Staaten von Canada, Australien, Südafrika, Indien, China, Japan usw. haben sich kolossal entwickelt und denen, insbesondere was die Textilindustrie und die Schuhverfertigung dieser Staaten an-betrifft, ihren Bedarf zum größten Teil bereits selbst. Da-durch sei auch zu erklären, daß der Außenhandel Europas 1921 nur die Hälfte von 1913 erreicht habe.

Was Deutschland betreffe, so müsse es vielfach 8—10fache Zölle bezahlen wie andere Länder. Die Schweiz habe uns zwar die Meistbegünstigung eingeräumt, erlasse aber Einfuhr-beschränkung für die Grenze nach Deutschland und Österreich. Gegen derartige Maßnahmen müsse man sich energischer weh-ren, ebenso hätten wir uns heute zum Träger eines Geban-ten zu machen, der in einem Beschluß von Genä ausge-sprochen wäre und die Einräumung eines Meistbegünstigungs-rechtes unter allen Völkern europäischer Nation gegenseitig fordere. Ferner sei den im nächsten Jahre beginnenden **Handelsvertragsverhandlungen** mit 315 Staaten bereits heute ein-gehende Aufmerksamkeit und gründliche Vorbereitung zu wid-men. Die Steuern müßten im Innern auf eine klare Basis gebracht werden, damit nicht das Reich, die Staaten und die Gemeinden auf alle Projekte losgelassen werden. Diese Fra-gen seien um so bedeutsamer, als heute 10 und mehr Prozent des Umsatzes auf die Steuern entfielen. Für die deutsche Weiterentwicklung sei insbesondere die Verfeinerungsindustrie von maßgebender Bedeutung, zu der auch die elektrotechnische Industrie rechne. Eines der Aufgabengebiete, das dieser zu-fallen werde, liege auf dem Gebiete der Industrialisierung.

die in der Welt und in der Zukunft noch ganz erhebliche Fortschritte machen werde. Von den vorhandenen Wasserkraften seien 1923 nur 5 Prozent ausgebaut gewesen, und die längste elektrische Strecke der amerikanischen Eisenbahn betrage 2000 Kilometer. Zum Schluss mahnte Herr von Raumer vor einer allzu pessimistischen Auffassung all dieser Fragen, so schwer die gegenwärtige Zeit die Arbeit auch behindere.

Anschließend sprach Generaldirektor Dr. Dilling von den Bergbau-Elektrizitätswerken über die Maßnahmen der Regelung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen elektrotechnischen Industrie auf dem Weltmarkt. Er betonte neben der Notwendigkeit qualifizierter Lieferungen eine erhebliche Änderung unseres Preisniveaus, die einmal durch Ermäßigung der Bankzinsen und dann durch eine Ermäßigung der Rohstoffpreise zu erreichen sei. Dr. Dilling befürwortete eingehend eine intensive horizontale Konzentration aller elektrotechnischen Firmen, das heißt, den Zusammenschluß zu einer Zentralgesellschaft, die soweit geht, daß es praktisch nur noch eine einheitliche deutsche elektrotechnische Industrie gibt. Eine derartige Zusammenfassung und Gleichrichtung der Interessen, bei der der Medner von der Produktionsweise der Fordischen Werke ausging, läge ebenfalls in der Richtung der Ermäßigung der Produktionskosten.

In der Aussprache ergriff der Reichswirtschaftsminister Gamm das Wort, indem er auf einzelne Punkte der Rede von Raumers einging. Er bestätigte im wesentlichen die Notwendigkeit der Berücksichtigung der vorgebrachten Forderungen. In Bezug auf die Selbstfinanzierung in der Schweiz teilte er mit, daß diese noch in ihre Ursachen aus der Inflationszeit stamme und daß gegenwärtig Verhandlungen zu einer Änderung der jetzigen Situation im Gang seien. Auch er betonte die Bedeutung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit gegen die angelegentlichsten Konkurrenz.

## Politische Neuigkeiten

### Das Ergebnis der Zusammenkunft

Nach Beendigung der in Chequers geführten Verhandlungen zwischen Ramsay MacDonald und Herriot ist folgendes offizielle Communiqué herausgegeben worden:

Am Verlaufe einer freundschaftlichen und intimen Verhandlung sind die verschiedenen durch den Sachverständigenbericht aufgeworfenen Fragen diskutiert und verschiedene Maßnahmen geprüft worden, die ergriffen werden sollen, um diese zur Durchführung zu bringen. Es war nicht möglich, zu endgültigen Entscheidungen zu kommen, da es notwendig ist, vorher die belgische und die italienische Regierung zu konsultieren. Die Verhandlungen haben ein vollkommenes Einverständnis zwischen den Ansichten der beiden Ministerpräsidenten ergeben. Man ist unter dem Vorbehalt der Zustimmung der anderen alliierten Regierungen dahin übereingekommen, daß eine Konferenz Mitte Juli in London stattfinden soll, um die durchzuführende Prozedur endgültig zu regeln. Die beiden Ministerpräsidenten haben beschlossen, gemeinsam zu Beginn der Generalversammlung des Völkerbundes einen kurzen Besuch in Genf auszuführen.

Nach Ausgabe des Communiqués haben Ramsay MacDonald und Herriot beschlossen, folgenden Zusatz zu veröffentlichen: Angesichts der Schwierigkeiten, die nicht nur die beiden Länder, sondern die gesamte Welt beeinflussen, haben wir uns dahin verständigt, unter uns einen moralischen Pakt zum Zwecke fortgesetzter Zusammenarbeit abzuschließen.

Dieses amtliche Communiqué wird in Paris in dem Sinn aufgefaßt, daß die Unterredung in erster Linie der praktischen Durchführung des Sachverständigenprogramms und den damit in Zusammenhang stehenden politischen Fragen gegolten habe. Die Feststellung, daß, wenn auch definitive Beschlüsse mit Rücksicht auf die belgische und italienische Verbündeten noch nicht gefaßt seien, die Aussprache volle Übereinstimmung zwischen den Auffassungen beider Premierminister ergeben habe, wird also, wie die Ankündigung der Einberufung einer interalliierten Konferenz in London in den Kreisen der hinter dem Ministerium Herriot stehenden Mehrheit mit Genugtuung registriert. Die Mitteilung, daß die beiden Premierminister übereingekommen sind, an der im September in Genf zusammenzutretenden Vollversammlung des Völkerbundes teilzunehmen, wird hier dahin gedeutet, daß Herriot sich den englischen Vorschlag, die Lösung des Problems der französischen Sicherheit dem Völkerbund zu überlassen, zu eigen gemacht hat.

Über den Verlauf der Beratungen, die zwischen MacDonald und Herriot geführt worden sind, wird dem „Matin“ von seinem Sonderberichterstatter gemeldet: Die beiden Ministerpräsidenten verhandelten am Samstag abend bis 2 Uhr morgens und am Sonntag von 10 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags. Der Berichterstatter des „Matin“ nennt das ausgegebene Communiqué sensationell und mißt ihm die größte Bedeutung bei. Aus dem Schriftstück gehe hervor, daß die Aufgabe, die sich die beiden Ministerpräsidenten gestellt hätten, in erster Linie die gewesen sei, den Plan Dawes in die Praxis überzuführen. Die beiden Ministerpräsidenten seien dahin übereingekommen, daß er mit den Verbollkommnungen und Ergänzungen, an denen im Augenblicke die Reparationskommission arbeite, restlos praktisch durchgeführt werden müsse. Sie hätten auf Grund der aus Berlin vorliegenden Nachrichten das Recht gehabt, optimistisch zu sein. Die Vertreter Frankreichs in Deutschland glaubten, daß die Opposition nicht stark genug sei, um die Annahme der durch das Sachverständigenprogramm nötigen Gesetze im Reichstag zu verhindern.

Nach dem „Matin“ ist man bezüglich der Garantien dahin übereingekommen, daß, sofort nachdem die im Sachverständigenprogramm vorgezeichneten Organisationen funktionieren, die wirtschaftliche Ausbeutung des Ruhrgebietes aufhören solle, aber um auf die militärische Befestigung zu verzichten, verlange Herriot im Einvernehmen mit MacDonald Garantien. Diese Garantien bestehen nach dem Berichterstatter in der Möglichkeit, Truppen nach dem Rheinland zu führen, falls Deutschland sich einer Verfehlung der Reparationszahlung schuldig machen sollte, oder infolge einer feindseligen Haltung des Deutschen Reiches. Diese Möglichkeit fordere die Kontrolle über gewisse strategische Eisenbahnen durch die Anwesenheit des alliierten Eisenbahnpersonals. Man würde allerdings zu weit gehen, wenn man sagen würde, daß diese Schwierigkeiten schon überwunden seien. MacDonald habe erklärt, im Falle einer festgestellten Verfehlung Deutschlands werde Großbritannien wie im Kriege auf der Seite seiner Alliierten sein. Die Verhandlungen sollen so gefördert werden, daß sie vor Beginn der interalliierten Konferenz, die am 16. Juli in London stattfinden, beendet sind. An dieser Konferenz würden außer Italien und Belgien auch die Vereinigten Staaten teilnehmen können, wenn sie es wollten. Was die Deutschen anbetreffe, so würden sie, wie es logisch sei, für die Festlegung des Protokolls, das mit ihnen unterzeichnet werden müsse, hinzugezogen werden.

Nach dem Sonderberichterstatter des „Matin“ ist auch die Sicherheitsfrage, die nicht auf der großen Konferenz behandelt werden soll, besprochen worden. Er glaubt versichern zu können, daß MacDonald in dieser Frage von einer Intransigenz sei, die Frankreich völlig befriedigen könne.

Wenn im September die beiden Ministerpräsidenten der Versammlung des Völkerbundes in Genf betrauteten, würden sie vor der Versammlung ihr vollkommenes Einverständnis darüber bekunden, die Diskussion, die während der jetzt beendigten Tagung des Völkerbundes über die Entlohnung stattgefunden habe, wieder aufzunehmen. Aber schon von jetzt ab würden sie in Berlin eine ernste Sprache führen. Die Völkervertragskonferenz würde verlangen, daß die Beschlüsse durch die Interalliierte Kontrollkommission restlos durchgeführt werde.

Was die Kriegsschuldenfrage anbelange, so sei diese nicht eingehend behandelt, aber auch nicht vergessen worden. Frankreich und England sollten unverzüglich die Regelung vorbereiten, ohne abzuwarten, ob die Vereinigten Staaten an einer Verhandlung darüber teilnehmen. Je ein Sachverständiger der französischen und der englischen Regierung sollten die Frage gründlich prüfen und zur gegebenen Zeit eine zweifelsfreie Lösung vorbereiten.

London, 23. Juni. Der diplomatische Berichterstatter des „Observer“ schreibt zu der Zusammenkunft zwischen Herriot und MacDonald, sie könne sich als das wichtigste diplomatische Ereignis seit Januar 1923 erweisen. Herriots Ankunft sei jedoch noch zum Teil mit einem immerhin verführten Optimismus begrüßt worden. Herriot werde ohne Zweifel von MacDonald gefragt werden, ob er geneigt sei, einen deutschen Antrag auf Aufnahme in den Völkerbund zu unterstützen. Von seiner Antwort werde der Erfolg oder der Mißerfolg der Unterredung abhängen. Die wichtigste Frage sei jetzt die, unter welchen Bedingungen Herriot das Ruhrgebiet räumen werde. Man halte es in London für zweckmäßig, eine interalliierte Konferenz zur Bewirkung des Dawesplanes einzuberufen, bevor ein Einvernehmen zwischen London und Paris über die Grundzüge erzielt sei, nach denen die Alliierten als Gesamtheit gegenüber Deutschland handeln sollen. Wenn Herriot zeige, daß er in der Lage sei, das Ruhrgebiet bedingungslos zu räumen, dafür den Dawesplan in Wirksamkeit zu setzen und Deutschland als Mitglied des Völkerbundes anzunehmen, dann könne man von der Eröffnung einer neuen Epoche sprechen. Wenn Herriot MacDonalds Plan zur Verdrängung der Sicherheit durch den Völkerbund annehme, dann würden MacDonald und Herriot an der Völkerbundsversammlung im Herbst persönlich teilnehmen, und dann würde auch Deutschlands Zulassung sicher sein.

### Reichswehrminister Gehler über Deutschlands Abrüstung

Einige Berliner Blätter teilen folgende Stellen aus einer Unterredung mit, die der Reichswehrminister Gehler mit einem Vertreter der Reichspresse gehabt hat.

Mit Beginn der Regierungsstrife und Zurückdrängung der Reichsparteien hat in Frankreich ein systematischer Pressefeldzug eingeleitet, dessen deutlich erkennbare Ziele auf der Hand liegen. Es gilt erneut, die Weltmeinung in der Frage angeleglicher deutscher Abrüstungen zu vergiften. Von dem „Matin“ und der „Daily Mail“ in Szene gesetzt, von allen französischen Zeitungen gierig aufgegriffen und auch in der englischen Presse mehr oder minder kritiklos wiedergegeben, sind eine Fülle von Nachrichten, Artikeln und Telegramme erschienen. Sie tragen Überschriften wie „Deutschlands militärische Wiedergeburt“, „Ausbildung der jungen Jahresklassen“, „Das Krumpfsystem — die Mobilmachung ist fertig“. Schließlich verteidigt sich der „Matin“ zu der Behauptung: „Deutschland ist also moralisch und materiell für eine sofortige Mobilmachung bereit.“ Derartige pöbellich lawinenartig anschwellende Meldungen sollen in der Welt den Anschein erwecken, als ob plötzlich und gegen Deutschlands wahre Lebensinteressen ein fieberhafter Abrüstungswahn in Deutschland eingeleitet hätte, und das zu einer Zeit, wo Deutschland ebenso wie alle anderen am wahren Frieden interessierte Mächte für die endgültige Durchführung der brennenden Wirtschaftspragen eine ruhige und unangefasste Atmosphäre benötige. Alle diese Nachrichten entbehren natürlich jeder Grundlage. Deutschland hat abgerüstet. Es fehlt ihm jede materielle Möglichkeit, um Krieg zu führen. Frankreich hat ein Heer von mehr als 700 000 Mann, Deutschland ein solches von nur 100 000 Mann. Frankreich hat schwere Artillerie, Tanks, Tausende von Flugern, Deutschland hat keinerlei solche Waffen, ohne die ein Krieg überhaupt nicht geführt werden kann. Es wäre für die so wichtigen Entscheidungen der nächsten Wochen überaus schädlich, wenn dieser Pressfeldzug, der zugestandenemmaßen die Besprechungen Herriots und MacDonalds in Chequers beeinflussen soll, von Erfolg gekrönt wäre und wenn die Atmosphäre der kommenden Verhandlungen unter der Wirkung dieses Giftes stünde.

Der „Vorwärts“ meint nicht mit Unrecht, was nach dieser Erklärung des Reichswehrministers das hysterische Geschrei der deutschen Nationalisten solle? Ob sie etwa Gehler demontieren und dem systematischen Pressefeldzug gegen Deutschland Waffen liefern wollten. Deutschland habe eben nichts zu verbergen und die sicherste Methode, den Feind aus der Chauvinisten des Auslandes unwirksam zu machen, sei die Annahme der Militärkontrolle, dieser letzten Generalinspektion über die Abrüstung Deutschlands.

### Dr. Breitheid über seinen Besuch bei Herriot

Reichstagsabgeordneter Dr. Breitheid erklärte einem Vertreter des „Deuvre“, es sei lächerlich zu behaupten, er habe Herriot den Rat gegeben, General Nollet zum Kriegsminister zu ernennen. Er habe mit Herriot in Paris eine rein private Zusammenkunft. Er, Breitheid, habe weder einen offiziellen noch einen offiziellen Auftrag, sondern habe nur gewünscht, die Bekanntschaft zu erneuern. Er sei überzeugt, daß Herriot von dem besten Willen besetzt sei und daß er alles tue, was in seiner Macht steht, um die Wiederherstellung normaler Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich herbeizuführen.

### Hauptversammlung des Vereins deutscher Zeitungserleger

In Gegenwart des Reichsministers des Innern Dr. Jarres, des Chefs der Presseabteilung der Reichsregierung Dr. Spielhofer, des Präsidenten Thilo vom Reichspostministerium, mehrerer württembergischer Minister und sonstiger Vertreter von Behörden begrüßte der Vorsitzende des Vereins Deutscher Zeitungserleger Kommerzienrat Dr. Krumbhaar-Riegnitz die 80. Hauptversammlung des Vereins unter Hinweis auf ihre Bedeutung als Jubeltagung und teilte mit, daß Reichsminister Dr. Jarres und Außenminister Dr. Stresemann am Erscheinen verhindert waren. Dr. Krumbhaar stellte mit Genugtuung fest, daß der Verein zurzeit nicht mehr gezwungen ist, seine ganze Tätigkeit u. Arbeitskraft auf die Bewältigung wirtschaftlicher und materieller Fragen einzustellen, sondern sich wieder in weit höherem Maße als bisher den großen geistigen und ethischen Belangen des Zeitungswesens zuwenden kann. Nebenberühre dann auch noch die Frage des Journalistengesetzes.

Reichsminister Jarres führte zu dieser Frage aus, es bestehe ein gewisser Gegensatz der Auffassung zwischen den Verlegern und der Regierung. Daß das ganze Pressegesetz neu geregelt werden müsse, unterliege keinem Zweifel, wohl aber beständen Meinungsverschiedenheiten über die Neuordnung der Verhältnisse der Schriftleiter. Fast sämtliche Parteien

des Reichstages hielten auf dem Standpunkte, daß diese Frage einer gesetzlichen Regelung bedürfe und ein entsprechender Parteitag Hege bereits vor. Die Reichsregierung werde das Ergebnis der heutigen Beratungen abwarten, um dann mit den Spitzenorganisationen beider Seiten in Verbindung zu treten, denn nur so könne der Weg gefunden werden zur Aufrechterhaltung einer Presse, wie wir sie bisher gehabt hätten, die sich eines Hochstandes erfreue, um den die ausländische Presse uns beneiden könne. Gewiß müsse der Verleger einen bedeutenden und in vielen Punkten endgültigen Einfluß auf die Zeitung behalten; andererseits aber müsse nicht nur das Arbeitsverhältnis des Schriftleiters, sondern auch sein berufliches Ansehen so gehoben werden, daß wirklich ein kraft- und wertvoller Schriftleiterstand dem Verleger zur Seite stehe. Der Minister gedachte dann, ebenso wie schon vorher der Vorsitzende des Vereins Deutscher Zeitungserleger, der aufopferungsvollen Eingabe der Verleger im besetzten Gebiet an das Vaterland und teilte mit, daß bisher 40 Verleger zwangsweise die Heimat verlassen mußten und daß über 500 Zeitungen im besetzten Gebiet durch Gewaltakte unterdrückt worden seien.

Professor Dr. Julius Ferd. Wolf-Dresden, zweiter stellvertretender Vorsitzender des Vereins, sprach über das Thema „Regierung und Presse“. Er schilderte an Hand der Geschichte des Zeitungswesens und der Pressegesetzgebung in den Kulturländern, wie es immer zum Unheil für Volk und Staat ausgeschlagen ist, wenn die Gesetzgeber versucht haben, die Pressefreiheit durch theoretische, direkte oder indirekte Einflüsse zu beschränken. Prof. Wolf ging besonders eindringlich auf die Entwicklung der Pressegesetzgebung in England und zeichnete die Zielsetzung der englischen Regierungen und Pressepolitik und die damit zusammenhängende Urteilsweise des englischen Volkes in seinen tiefgründigen Ausführungen auf.

Im weiteren Verlauf der Tagung nahm Dr. R. Simon-Frankfurt a. M. Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes für das ganze Zeitungsgewerbe, in ausführlicher Rede Stellung zur Frage des Journalistengesetzes. Er schilderte die Schwierigkeit und teilweise Unmöglichkeit die Begriffe öffentliches Interesse, Presse, Redakteur und Verleger eindeutig und erschöpfend zu definieren. Besonders schien ihm unmöglich, die allerpersönliche Beziehung von Verlegern u. Redakteuren, die nur auf gegenseitigem, keinem Gesetz unterworfenem Vertrauen beruhe, gesetzlich zu erfassen, möglich und wünschenswert aber sei es, durch Sicherung der Redakteure für Arbeitsunfähigkeit und Alter und für den Fall des Todes für ihre Hinterbliebenen den für ihren Beruf nötigen Idealismus von ihnen her zu schützen und zu stärken.

Dr. Garbe-Berlin hob besonders drei Gesichtspunkte hervor. Er wies auf die Gehaltsregelungen hin, die seit Ende der Inflation in einem für die Journalisten günstigen Sinne gelöst seien. Ferner stellte auch er die Beziehungen zwischen Verleger und Redakteur als individuell und auf geistigen und Charaktergrundlagen beruhend hin und hob besonders die Reimheit der deutschen Presse hervor, die in erster Linie dem Verantwortungsgesühl und dem Idealismus der deutschen Verlegerenschaft zu verdanken sei. Er rief der Regierung zu: Hände weg vom Journalistengesetz!

Reichsminister Dr. Jarres nahm nochmals zu längeren Ausführungen das Wort, um den Standpunkt der Regierung darzulegen, die einen Ausgleich zwischen den entgegenstehenden Auffassungen erstrebe. Ihm erwiderte noch Dr. Jenefer-Gannover und Prof. Wolf-Dresden der in seinem Schlusswort nochmals entschieden die Auffassung der deutschen Verleger betonte.

Über die Papierfrage referierte der erste stellvertretende Vorsitzende des Vereins Direktor Müller, über die Arbeitgeberfragen Assessor Scheuer-Berlin. Als Sitz der nächsten Versammlung wurde Künigsberg gewählt.

Die Hauptversammlung des Vereins Deutscher Zeitungserleger fand mit einem Auszug nach Friedrichshafen ihren Abschluß. Auf der Fahrt auf den Dampfern „Friedrichshafen“ und „Hohentwiel“ konnten die Teilnehmer trotz des trüben und regnerischen Wetters die glänzenden Manöver der beiden Metallflugzeuge von Dornier in der Luft und auf dem See beobachten. Nach der Rückkehr nach Friedrichshafen erfolgte die Besichtigung in der Messehalle der Juppelwerke in der zur Zeit der Einbau der Motore fertiggestellt ist für das nach Amerika bestimmte Luftschiff. Dr. Jenefer hieß die Gäste herzlich willkommen und gab der Freude Ausdruck, die an der Wirkungsstelle Juppelwerks begrüßen zu können, für dessen Unternehmung sich einmal eine große deutsche Bewegung erhoben habe, die man für heute wieder wünschen möchte. Dr. Jenefer teilte mit, daß die Presse rechtzeitig verständigt worden, sobald die Probeflüge des Schiffes beginnen würden. Kommerzienrat Reven Du Mont-Köln hob hervor, daß dieses Schiff nicht das Letzte sein werde, was die durch den Versailles Vertrag zum Abbruch bestimmte Halle verlasse, und daß die Werk wieder einen neuen Erfolg haben werde zu Deutschlands Ruhm und Ehre in Wissenschaft und Technik. Die Versammlung stimmte sodann lebhaft in das Hoch auf die Juppelwerke und in den Gesang des Deutschlandsliebes ein. Eine Versammlung im Kurgartenhotel beschloß die unter der Leitung von Effer-Stuttgart in allen Teilen glänzend verlaufene Tagung.

Rückkehr des Wiesbadener Regierungspräsidenten. Einmal bei der Regierung in Wiesbaden eingetroffenen telephonischen Mitteilung der Interalliierten Rheinlandkommission zufolge ist die Zulassung des Regierungspräsidenten Doensich durch die Rheinlandkommission jetzt ausgesprochen worden. Der Wiesbadener Regierungspräsident wird dieser Tage von Frankfurt nach Wiesbaden überfaheln.

Gründung einer nationalliberalen Reichspartei. Eine Versammlung der Nationalliberalen Vereinigung Berlin-Brandenburg beschloß die Gründung der Nationalliberalen Reichspartei. Die zum Aufbau der Parteiorganisation erforderlichen Arbeiten sollen insbesondere im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen in Preußen unverzüglich in Angriff genommen werden. Es werde sofort ein Organisationsausschuß aus 40 Mitgliedern gebildet und zum Vorsitzenden der Partei Reichstagsabgeordneter Dr. Karetzky gewählt.

### Kurze Nachrichten aus Baden

DZ. Kaffat, 22. Juni. Die Stadt Kaffat nimmt bei der Zeichnung auf ein werbendes Obligationensanleihen von 900 000 Goldmark die Obligationen ihres Anleihens von 1918 unter Aufwertung ihres Nennbetrags auf 50 Prozent, bis zur Hälfte des gezeichneten Betrags in Zahlung. In, selbst die alten Obligationen in Preußen unverzüglich in Angriff genommen werden, können in dieser noch in Zahlung genommen werden, wenn die Einlösung erst nach dem 31. Juli stattgefunden hat und endlich werden auch die Guthaben an die Stadt Sparkasse mit 50 Prozent Aufwertung in Zahlung genommen.

DZ. Zell a. S., 22. Juni. Wie die „Südg.achr.“ melden, hat die Papierfabrik Zell a. S. den Betrieb eingestellt und die Arbeiter entlassen.

Freiburg i. Br., 23. Juni. Am gestrigen Sonntag wurde die erste, vom Motorclub Freiburg, Mitglied des Deutschen Motorradfahrerverbandes, veranstaltete Motorradprüfungsfahrt auf der Strecke Freiburg-Lödingen-Feldberg ausgefahren, an der sich zahlreiche, namhafte Fahrer aus ganz Süddeutschland beteiligten. Die 44 Kilometer lange Strecke, die Steigungen von 800 bis 900 Meter in zahlreichen Kurven aufweist, wurde in 42 Minuten kürzester Zeit von Mahlenbrenn-Stuttgart zurückgelegt, dicht gefolgt von weiteren Fahrern, die bei ungünstiger Witterung die bergige Strecke in 48 bis 50 Minuten zurücklegten. Die kürzeste, auf deutschem Motor zurückgelegte Fahrtdauer betrug 46 Minuten. Rennenswerte Unfälle sind trotz der technischen Schwierigkeiten nicht zu verzeichnen gewesen.

## Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen  
in Millionen Mark

	23. Juni		20. Juni	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam	1 569 500	1 577 400 <sup>100</sup>	1 571 100	1 578 900 <sup>100</sup>
Kopenhagen	709 200	712 800 <sup>100</sup>	708 200	711 800 <sup>100</sup>
London	181 000	182 000 <sup>100</sup>	181 000	182 000 <sup>100</sup>
Paris	18 155 000	18 245 000 <sup>100</sup>	18 205 000	18 295 000 <sup>100</sup>
New York	4 190 000	4 210 500 <sup>100</sup>	4 190 000	4 210 500 <sup>100</sup>
Schweiz	226 400	227 600 <sup>100</sup>	223 400	224 600 <sup>100</sup>
Brüssel	741 600	745 400 <sup>100</sup>	739 100	742 100 <sup>100</sup>
Frankfurt	123 700	124 300 <sup>100</sup>	123 700	124 300 <sup>100</sup>
Wien (100 Kronen)	58 900	59 100 <sup>100</sup>	58 900	59 100 <sup>100</sup>

Die kleine Ziffer bedeutet die Umtauschung in Prozent

## Staatsanzeiger

Bekanntmachung

Auf Grund der abgelegten Erweiterungsprüfung nach § 4 der Verordnung des Staatsministeriums vom 12. Dezember 1922 (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 873) wurden als für den gehobenen mittleren Dienst der inneren Verwaltung befähigt erklärt:

Die Verwaltungsobersekretäre Gustav Beyerle von Egenol, Fritz Bied von Badstüb, Wilhelm Braun von Weinhelm, Heinrich Bussemer von Mannheim, Albert Eißler von Baiertal, Karl Gartner von Redesheim, Wilhelm Glauer von Brödingen, Julius Gspann von Frankfurt a. M., Alwin Gütlich von Karlsruhe, Karl Leicht von Bismarck, Hugo Reinhardt von Karlsruhe, Lothar Schlegelberger von Offenburg, Friedrich Schurr von Offenburg, Karl Schreiber von Karlsruhe, Walter Vossler von Freiburg, Josef Wehrle von Friesenheim, August Weis von Freiburg und Otto Bachmann von Brödingen, sowie die Verwaltungssachverständigen Eugen Albrecht von Badstüb, Erich Funtler von Freiburg, Eugen Krefz von Linach, Ernst Lamm von Karlsruhe, Josef Oster von Bauerbach und Heinrich Wolf von Seckenheim.

Karlsruhe, den 17. Juni 1924.

Der Minister des Innern  
Remmele

Der zwischen der Gemeinde Fintelstein und der Gemeinde Bolterdingen (Amtsbezirk Donaueschingen) auf Grund der übereinstimmenden Beschlüsse ihrer Gemeindevertretungen abgeschlossenen Vereinbarung über ihre Vereinigung zu einer einfachen Gemeinde mit dem Namen Bolterdingen unter Aufhebung der gegenseitigen Gemarkungsgrenzen mit Wir-

kung vom 1. April 1924 wurde gemäß § 4 Abs. 1 G.O. die staatliche Genehmigung erteilt.

Karlsruhe, den 17. Juni 1924.

Der Minister des Innern  
Remmele

Dem Karlsruher Reiterverein ist die Erlaubnis zum Betrieb eines Totalfahrs bei dem am 21. September 1924 in Karlsruhe-Müppurr stattfindenden Pferderennen erteilt worden.

Karlsruhe, den 17. Juni 1924.

Der Minister des Innern  
Remmele

Mit Entschliessung vom 24. April 1924 Nr. 18555 wurde die Vereinigung der abgesonderten Gemarkung Klosterhof mit der Gemeinde Lannheim (Amtsbezirk Donaueschingen) mit Wirkung vom 1. April 1924 auf Grund des § 105 Abs. 1 G.O. angeordnet.

Die Anordnung ist rechtswirksam.

Karlsruhe, den 18. Juni 1924.

Der Minister des Innern  
Remmele

Mit Entschliessung vom 13. Mai 1924 Nr. 80238 wurde die Vereinigung der abgesonderten Gemarkung Wolfersfeldten mit der Gemeinde Rülshaus (Amtsbezirk Berthheim) mit Wirkung vom 1. Juli 1924 auf Grund des § 105 Abs. 1 der Gemeindeordnung angeordnet.

Die Anordnung ist rechtswirksam.

Karlsruhe, den 18. Juni 1924.

Der Minister des Innern  
Remmele

## Zentral-Handels-Register für Baden.

**Baden.** **W. 734.** Handelsregisteramt. Abt. A Band II O.-Z. 483. Firma H. Gloor & Co., Elektrizitätskommanditgesellschaft in Cos. Die Gesellschaft ist aufgelöst u. die Firma sowie die dem Buchhalter Fritz Linde in Karlsruhe erteilte Procura erloschen.

**W. 735.** Durlach, Handelsregisteramt. Abt. A Band II O.-Z. 246. Firma Jul. Köhler in Baden-Baden. Die Firma ist erloschen.

**W. 736.** Durlach, Handelsregisteramt. Abt. A Band II O.-Z. 488. Firma J. & S. Baumann, Haarfabrik in Baden-Baden. Die Firma ist erloschen.

**W. 737.** Durlach, Handelsregisteramt. Abt. A Band II O.-Z. 68. Firma Friedrich Hölzner, Hotel Stadt Strassburg in Baden-Baden. Inhaber ist jetzt Hotelbesitzer Friedrich Hölzner Witwe, Luise geb. Koellin in Baden-Baden.

**W. 738.** Durlach, Handelsregisteramt. Abt. A Band II O.-Z. 284. Die offene Handelsgesellschaft Weis & Comp. in Gausangelsch ist aufgelöst und die Firma erloschen.

**W. 739.** Durlach, Handelsregisteramt. Abt. A Band II O.-Z. 259. Firma West & Schwab in Heidelberg, offene Handelsgesellschaft, begonnen am 1. Juni 1924. Persönlich haftende Gesellschafter sind Eugen West, Ingenieur in Heidelberg, und Max Schwab, Ingenieur in Schwetzingen.

**W. 740.** Durlach, Handelsregisteramt. Abt. A Band II O.-Z. 46. Firma Heidelberger Elektra-Installationsgesellschaft mit beschränkter Haftung in Heidelberg. Durch Beschluss der Versammlung der Gesellschafter vom 22. Mai 1924 ist die Gesellschaft aufgelöst. Karl Grobhaier, Kaufmann, in Heidelberg, ist zum Liquidator bestellt.

**W. 741.** Durlach, Handelsregisteramt. Abt. A Band III O.-Z. 251. Firma Carl Weg in Heidelberg mit dem Hauptgeschäft in Karlsruhe. Die Prokura des Ernst Hoffmann in Forstheim ist erloschen. Amtsgericht. W. 723.

**W. 742.** Durlach, Handelsregisteramt. Abt. A Band III O.-Z. 17. Juni 1924 die Firma:

**W. 743.** Durlach, Handelsregisteramt. Abt. A Band III O.-Z. 144. Firma Kauf, Brennis & Co. in Erfeld wurde heute folgendes eingetragen: Die offene Handelsgesellschaft ist seit dem 15. April 1924 aufgelöst und die Firma erloschen.

**W. 744.** Donaueschingen, 16. Juni 1924. Abt. Amtsgericht.

**W. 745.** Donaueschingen, 16. Juni 1924. Abt. Amtsgericht des Amtsgerichts.

**W. 746.** Donaueschingen, 16. Juni 1924. Abt. Amtsgericht des Amtsgerichts.

**W. 747.** Donaueschingen, 16. Juni 1924. Abt. Amtsgericht des Amtsgerichts.

**W. 748.** Durlach, Handelsregisteramt. Abt. A Band III O.-Z. 251. Firma Carl Weg in Heidelberg mit dem Hauptgeschäft in Karlsruhe. Die Prokura des Ernst Hoffmann in Forstheim ist erloschen. Amtsgericht. W. 723.

**W. 749.** Durlach, Handelsregisteramt. Abt. A Band III O.-Z. 17. Juni 1924 die Firma:

**W. 750.** Durlach, Handelsregisteramt. Abt. A Band III O.-Z. 144. Firma Kauf, Brennis & Co. in Erfeld wurde heute folgendes eingetragen: Die offene Handelsgesellschaft ist seit dem 15. April 1924 aufgelöst und die Firma erloschen.

**W. 751.** Donaueschingen, 16. Juni 1924. Abt. Amtsgericht.

**W. 752.** Donaueschingen, 16. Juni 1924. Abt. Amtsgericht des Amtsgerichts.

**W. 753.** Donaueschingen, 16. Juni 1924. Abt. Amtsgericht des Amtsgerichts.

**W. 754.** Durlach, Handelsregisteramt. Abt. A Band III O.-Z. 251. Firma Carl Weg in Heidelberg mit dem Hauptgeschäft in Karlsruhe. Die Prokura des Ernst Hoffmann in Forstheim ist erloschen. Amtsgericht. W. 723.

**W. 755.** Durlach, Handelsregisteramt. Abt. A Band III O.-Z. 17. Juni 1924 die Firma:

**W. 756.** Durlach, Handelsregisteramt. Abt. A Band III O.-Z. 144. Firma Kauf, Brennis & Co. in Erfeld wurde heute folgendes eingetragen: Die offene Handelsgesellschaft ist seit dem 15. April 1924 aufgelöst und die Firma erloschen.

**W. 757.** Donaueschingen, 16. Juni 1924. Abt. Amtsgericht.

**W. 758.** Donaueschingen, 16. Juni 1924. Abt. Amtsgericht des Amtsgerichts.

**W. 759.** Donaueschingen, 16. Juni 1924. Abt. Amtsgericht des Amtsgerichts.

**W. 760.** Durlach, Handelsregisteramt. Abt. A Band III O.-Z. 251. Firma Carl Weg in Heidelberg mit dem Hauptgeschäft in Karlsruhe. Die Prokura des Ernst Hoffmann in Forstheim ist erloschen. Amtsgericht. W. 723.

**W. 761.** Durlach, Handelsregisteramt. Abt. A Band III O.-Z. 17. Juni 1924 die Firma:

**W. 762.** Durlach, Handelsregisteramt. Abt. A Band III O.-Z. 144. Firma Kauf, Brennis & Co. in Erfeld wurde heute folgendes eingetragen: Die offene Handelsgesellschaft ist seit dem 15. April 1924 aufgelöst und die Firma erloschen.

**W. 763.** Donaueschingen, 16. Juni 1924. Abt. Amtsgericht.

**W. 764.** Donaueschingen, 16. Juni 1924. Abt. Amtsgericht des Amtsgerichts.

**W. 765.** Donaueschingen, 16. Juni 1924. Abt. Amtsgericht des Amtsgerichts.

**W. 766.** Durlach, Handelsregisteramt. Abt. A Band III O.-Z. 251. Firma Carl Weg in Heidelberg mit dem Hauptgeschäft in Karlsruhe. Die Prokura des Ernst Hoffmann in Forstheim ist erloschen. Amtsgericht. W. 723.

**W. 767.** Durlach, Handelsregisteramt. Abt. A Band III O.-Z. 17. Juni 1924 die Firma:

**W. 768.** Durlach, Handelsregisteramt. Abt. A Band III O.-Z. 144. Firma Kauf, Brennis & Co. in Erfeld wurde heute folgendes eingetragen: Die offene Handelsgesellschaft ist seit dem 15. April 1924 aufgelöst und die Firma erloschen.

**W. 769.** Donaueschingen, 16. Juni 1924. Abt. Amtsgericht.

**W. 770.** Donaueschingen, 16. Juni 1924. Abt. Amtsgericht des Amtsgerichts.

**W. 771.** Donaueschingen, 16. Juni 1924. Abt. Amtsgericht des Amtsgerichts.

**W. 772.** Durlach, Handelsregisteramt. Abt. A Band III O.-Z. 251. Firma Carl Weg in Heidelberg mit dem Hauptgeschäft in Karlsruhe. Die Prokura des Ernst Hoffmann in Forstheim ist erloschen. Amtsgericht. W. 723.

**W. 773.** Durlach, Handelsregisteramt. Abt. A Band III O.-Z. 17. Juni 1924 die Firma:

**W. 774.** Durlach, Handelsregisteramt. Abt. A Band III O.-Z. 144. Firma Kauf, Brennis & Co. in Erfeld wurde heute folgendes eingetragen: Die offene Handelsgesellschaft ist seit dem 15. April 1924 aufgelöst und die Firma erloschen.

**W. 775.** Donaueschingen, 16. Juni 1924. Abt. Amtsgericht.

**W. 776.** Donaueschingen, 16. Juni 1924. Abt. Amtsgericht des Amtsgerichts.

**W. 777.** Donaueschingen, 16. Juni 1924. Abt. Amtsgericht des Amtsgerichts.

**W. 778.** Durlach, Handelsregisteramt. Abt. A Band III O.-Z. 251. Firma Carl Weg in Heidelberg mit dem Hauptgeschäft in Karlsruhe. Die Prokura des Ernst Hoffmann in Forstheim ist erloschen. Amtsgericht. W. 723.

**W. 779.** Durlach, Handelsregisteramt. Abt. A Band III O.-Z. 17. Juni 1924 die Firma:

**W. 780.** Durlach, Handelsregisteramt. Abt. A Band III O.-Z. 144. Firma Kauf, Brennis & Co. in Erfeld wurde heute folgendes eingetragen: Die offene Handelsgesellschaft ist seit dem 15. April 1924 aufgelöst und die Firma erloschen.

**W. 781.** Donaueschingen, 16. Juni 1924. Abt. Amtsgericht.

**W. 782.** Donaueschingen, 16. Juni 1924. Abt. Amtsgericht des Amtsgerichts.

**W. 783.** Donaueschingen, 16. Juni 1924. Abt. Amtsgericht des Amtsgerichts.

**W. 784.** Durlach, Handelsregisteramt. Abt. A Band III O.-Z. 251. Firma Carl Weg in Heidelberg mit dem Hauptgeschäft in Karlsruhe. Die Prokura des Ernst Hoffmann in Forstheim ist erloschen. Amtsgericht. W. 723.

**W. 785.** Durlach, Handelsregisteramt. Abt. A Band III O.-Z. 17. Juni 1924 die Firma:

**W. 786.** Durlach, Handelsregisteramt. Abt. A Band III O.-Z. 144. Firma Kauf, Brennis & Co. in Erfeld wurde heute folgendes eingetragen: Die offene Handelsgesellschaft ist seit dem 15. April 1924 aufgelöst und die Firma erloschen.

**W. 787.** Donaueschingen, 16. Juni 1924. Abt. Amtsgericht.

**W. 788.** Donaueschingen, 16. Juni 1924. Abt. Amtsgericht des Amtsgerichts.

**W. 789.** Donaueschingen, 16. Juni 1924. Abt. Amtsgericht des Amtsgerichts.

**W. 790.** Durlach, Handelsregisteramt. Abt. A Band III O.-Z. 251. Firma Carl Weg in Heidelberg mit dem Hauptgeschäft in Karlsruhe. Die Prokura des Ernst Hoffmann in Forstheim ist erloschen. Amtsgericht. W. 723.

**W. 791.** Durlach, Handelsregisteramt. Abt. A Band III O.-Z. 17. Juni 1924 die Firma:

**W. 792.** Durlach, Handelsregisteramt. Abt. A Band III O.-Z. 144. Firma Kauf, Brennis & Co. in Erfeld wurde heute folgendes eingetragen: Die offene Handelsgesellschaft ist seit dem 15. April 1924 aufgelöst und die Firma erloschen.

**W. 793.** Donaueschingen, 16. Juni 1924. Abt. Amtsgericht.

**W. 794.** Donaueschingen, 16. Juni 1924. Abt. Amtsgericht des Amtsgerichts.

**W. 795.** Donaueschingen, 16. Juni 1924. Abt. Amtsgericht des Amtsgerichts.

**W. 796.** Durlach, Handelsregisteramt. Abt. A Band III O.-Z. 251. Firma Carl Weg in Heidelberg mit dem Hauptgeschäft in Karlsruhe. Die Prokura des Ernst Hoffmann in Forstheim ist erloschen. Amtsgericht. W. 723.

**W. 797.** Durlach, Handelsregisteramt. Abt. A Band III O.-Z. 17. Juni 1924 die Firma:

**W. 798.** Durlach, Handelsregisteramt. Abt. A Band III O.-Z. 144. Firma Kauf, Brennis & Co. in Erfeld wurde heute folgendes eingetragen: Die offene Handelsgesellschaft ist seit dem 15. April 1924 aufgelöst und die Firma erloschen.

**W. 799.** Donaueschingen, 16. Juni 1924. Abt. Amtsgericht.

**W. 800.** Donaueschingen, 16. Juni 1924. Abt. Amtsgericht des Amtsgerichts.

**RCS** Wir besorgen alle bankgeschäftl. Transaktionen zu den kulantesten Bedingungen, insbesondere empfehlen wir uns für die Anlage von Spargeldern

**RCS**

**Rheinische Creditbank Filiale Karlsruhe**

HAUPTGESCHÄFT: WALDSTRASSE 1, ZWEIGGESCHÄFTE: NIEDERLASSUNG MÜHLBURG, RHEINSTRASSE 44, DEPOSITENKASSE AM HAUPTBAHNHOF (IM HOTEL REICHSHOF).

... festschließend der eingereichten Niederschrift, auf die Bezug genommen wird, geändert.  
Mannheim, 6. Juni 1924.  
Bad. Amtsgericht, B.-G. 4.

**Mannheim.** B.742

Zum Handelsregister A wurde heute eingetragen: 1. Band VII D.-Z. 54, Firma „Frankl & Richter“ in Mannheim: Die Gesellschaft ist aufgelöst u. in Liquidation getreten. Liquidatoren sind: Kaufmann Georg Wilhelm Richter und Diplombauingenieur Heinrich Kühl, beide in Mannheim.

2. Band XV D.-Z. 171, Firma „Med. Kaiserstoff-Zurichterei Mannheim Theodor Landauer in Liquidation“ in Mannheim: Die Firma ist erloschen.

3. Band XVI D.-Z. 11, Firma „Heinrich Bolmer“ in Mannheim: Die Niederlassung ist nach Berlin-Wilmersdorf verlegt.

4. Band XIX D.-Z. 94, Firma „Reif & Wicht“ in Mannheim: Die Niederlassung ist nach Offenbach a. M. verlegt.

5. Band XX D.-Z. 92, Firma „Ger & Weg“ in Mannheim: Die Gesellschaft ist aufgelöst und die Firma erloschen. Die Prokura des Paul Weg, Mannheim, ist erloschen.

6. Band XXI D.-Z. 62, Firma „Johannes Wehl“ in Mannheim: Die Firma ist erloschen.

7. Band XXIII D.-Z. 66, Firma „Leo Kaufmann“ in Jbesheim: Die Niederlassung ist nach Frankfurt a. M. verlegt.

8. Band XXV D.-Z. 4, Firma „Gustav Hagen“ in Mannheim. Inhaber ist Gustav Hagen, Zivilingenieur, Mannheim.

9. Band XXV D.-Z. 5, Firma „Wilhelm Gormann“ in Mannheim. Inhaber ist Wilhelm Gormann, Kaufmann, Mannheim. Geschäftsgegenstand: Handel mit Literatur, Kunstgegenständen u. Musikalien sowie mit Papierwaren.

Ferner wurde am 31. Mai 1924 zu Band XXI D.-Z. 88, Firma „Gottschall Fröhmann“ in Mannheim, Zweigniederlassung, eingetragen: Der Sitz der Gesellschaft ist jetzt Mannheim.

Mannheim, 7. Juni 1924.  
Bad. Amtsgericht, B.-G. 4.

**Mannheim.** B.743

In unser Handelsregister B Band IV D.-Z. 43, Firma „Fettsäure- und Glycerin-Fabrik Gesellschaft“ in Mannheim, mit einer Zweigniederlassung in Berlin, wurde eingetragen: Am 9. April 1924: Dem Wilhelm Bühler, Mannheim, ist Gesamtprokura derart erteilt, daß er gemeinsam mit einem Geschäftsführer zeichnungsberechtigt ist. Am 20. Mai 1924: Rudolf Krüger ist als Geschäftsführer ausgeschieden.

Mannheim, 7. Juni 1924.  
Bad. Amtsgericht, B.-G. 4.

**Mannheim.** B.744

In unser Handelsregister B Band IX D.-Z. 13, Firma „Gieseler & Odenheimer Gesellschaft“ in Mannheim, mit einer Zweigniederlassung in München, wurde am 15. Mai 1924 eingetragen: Die Prokura des Eduard Sulzmann ist erloschen.

Mannheim, 7. Juni 1924.  
Bad. Amtsgericht, B.-G. 4.

**Mannheim.** B.745

Zum Handelsregister B Band VIII D.-Z. 22, Firma „Rheinische Terrazzoplatten- u. Cementwarenfabrik Gesellschaft“ in Mannheim, wurde heute eingetragen: Der Gesellschaftsvertrag ist durch den Gesellschaftsbeschluss vom 13. Mai 1924 hinsichtlich der Firma abgeändert. Die Firma lautet jetzt: Rheinische Terrazzoplatten-

u. Cementwarenfabrik Gesellschaft mit beschränkter Haftung.  
Mannheim, 5. Juni 1924.  
Bad. Amtsgericht, B.-G. 4.

**Mannheim.** B.746

Zum Handelsregister B Band XVIII D.-Z. 33, Firma „Rubrico - Gesellschaft“ mit beschränkter Haftung“ in Mannheim, wurde heute eingetragen: Der Gesellschaftsvertrag ist durch die Gesellschaftsbeschlüsse vom 28. März und 28. Mai 1924 entsprechend der eingereichten Niederschriften, auf die Bezug genommen wird, abgeändert. Die Gesellschaft wird in jedem Falle durch zwei Geschäftsführer rechtsgültig vertreten.

Einer der Zeichnenden muß Dr. Gerhard von Boellnitz sein, solange er Geschäftsführer ist. Die Firma lautet jetzt: „Blodbau - Gesellschaft mit beschränkter Haftung“. Gegenstand des Unternehmens ist jetzt: die Vornahme von Bauarbeiten jeder Art, insbesondere v. solchen nach dem Blodbausystem „Müser“, Fabrikation von Kunststeinen, Vornahme von Dachdeckerarbeiten, Kupfer- und Stuckaturarbeiten, Installationen für Gas und Wasser, sowie der Großhandel in Baustoffen. Zur Erreichung dieses Zwecks ist die Gesellschaft befugt, sich an anderen Unternehmen gleicher oder ähnlicher Art zu beteiligen, solche zu gründen, zu erwerben oder zu vertreten, sowie alle Geschäfte vorzunehmen, die geeignet sind, das Unternehmen d. Firma zu fördern. Otto Dr. Gerhard von Boellnitz, Heidelberg, sind als Geschäftsführer bestellt.

Mannheim, 5. Juni 1924.  
Bad. Amtsgericht, B.-G. 4.

**Mannheim.** B.747

Zum Handelsregister B Band XXII D.-Z. 21, Firma „G. & L. Fratelli Cora Import-Gesellschaft“, Mannheim, wurde heute eingetragen: Friedrich Bied ist nicht mehr Vorstandsmitglied. Fris Richtenberger, Berlin, ist als Vorstandsmitglied bestellt. Dr. Cesare Bottino wohnt jetzt in Mannheim.

Mannheim, 6. Juni 1924.  
Bad. Amtsgericht, B.-G. 4.

**Mannheim.** B.748

Zum Handelsregister B Band XXIX D.-Z. 33 wurde heute die Firma „Süd-deutsche Schmelz- u. Metallwaren Gesellschaft“ in Mannheim, P. 6, 17/19, eingetragen. Der Gesellschaftsvertrag der Gesellschaft mit beschränkter Haftung ist am 18. April 1924 festgestellt. Gegenstand des Unternehmens ist der Handel mit Schmelz- und Metallwaren. Das Stammkapital beträgt 10000 Goldmark. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. Franz Mecher, Emil Gerwig, beide Kaufleute in Mannheim, sind Geschäftsführer. Jeder derselben ist befugt, die Gesellschaft selbständig zu vertreten. Bekanntmachungen der Gesellschaft, die nach gesetzlicher Vorschrift in öffentlichen Blättern zu erlassen sind, erfolgen durch den Deutschen Reichsanzeiger.

Mannheim, 6. Juni 1924.  
Bad. Amtsgericht, B.-G. 4.

**Mannheim.** B.749

In unser Handelsregister A wurde heute eingetragen: 1. Band IV D.-Z. 190, Firma „Werner Denkebach“ in Mannheim: Gustav Bürz, Mannheim, u. der bisherige Prokurist Robert Weller, Mannheim, sind als Gesamtprokuristen bestellt.

2. Band XIX D.-Z. 101, Firma „Georg Heinrichsdorff, Baumaterialien - Großhandlung“ in Mannheim: Die Prokura des Kurt Olbrich ist erloschen.

3. Band XXI D.-Z. 99, Firma „Joseph Bögle & Co.“ in Mannheim: August Heinrich ist als persönlich haftender Gesellschafter ausgeschieden. Die Direktoren Leopold Groch, Heidelberg, Hermann Nag, Mannheim, Heinrich Schneider, Mannheim, Maurat Walter Kämpf, Mannheim, Wilhelm Delfferich, Mannheim, Josef Siebened, Mannheim, Franz Grech,

8. Mai 1924 in § 18 (Geschäftsjahr) geändert.  
Bad. Amtsgericht, B.-G. 4, Mannheim.

**Mannheim.** B.754

Zum Handelsregister B Band XXI D.-Z. 31, Firma „Allgemeine Baugesellschaft mit beschränkter Haftung“ in Mannheim, wurde heute eingetragen: Karl Stod ist als Geschäftsführer ausgeschieden.

Mannheim, 11. Juni 1924.  
Bad. Amtsgericht, B.-G. 4.

**Mannheim.** B.755

Zum Handelsregister B Band XXIV D.-Z. 30, Firma „Mühlwieser Aktien-Gesellschaft“ in Mannheim, wurde heute eingetragen: Durch Beschluss der Generalversammlung vom 29. April 1924 ist die Gesellschaft aufgelöst. Kaufmann Ludwig Stricker, Mannheim, ist Liquidator.

Mannheim, 11. Juni 1924.  
Bad. Amtsgericht, B.-G. 4.

**Mannheim.** B.767

Zum Handelsregister B Band XXIX D.-Z. 7 wurde heute die Firma „Talmühle Gesellschaft mit beschränkter Haftung“ in Schriesheim, Talstraße 15, eingetragen. Der Gesellschaftsvertrag der Gesellschaft mit beschränkter Haftung ist am 27. Mai 1924 festgestellt. Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb einer Getreidemühle, die Herstellung von „Stromlaufmehl“ und von Backhilfsmitteln. Die Gesellschaft ist befugt, gleichartige oder ähnliche Unternehmen zu erwerben und zu gründen, sich an solchen Unternehmen zu beteiligen u. deren Betrieb zu übernehmen. Das Stammkapital beträgt 5000 Goldmark. Die Gesellschaft bestellt einen Geschäftsführer. August Grünig, Mühlwieser, Schriesheim, ist Geschäftsführer. Der Gesellschaftsvertrag ist am 27. Mai 1924 festgestellt. Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb einer Getreidemühle, die Herstellung von „Stromlaufmehl“ und von Backhilfsmitteln. Die Gesellschaft ist befugt, gleichartige oder ähnliche Unternehmen zu erwerben und zu gründen, sich an solchen Unternehmen zu beteiligen u. deren Betrieb zu übernehmen. Das Stammkapital beträgt 5000 Goldmark. Die Gesellschaft bestellt einen Geschäftsführer. August Grünig, Mühlwieser, Schriesheim, ist Geschäftsführer. Der Gesellschaftsvertrag ist am 27. Mai 1924 festgestellt. Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb einer Getreidemühle, die Herstellung von „Stromlaufmehl“ und von Backhilfsmitteln. Die Gesellschaft ist befugt, gleichartige oder ähnliche Unternehmen zu erwerben und zu gründen, sich an solchen Unternehmen zu beteiligen u. deren Betrieb zu übernehmen. Das Stammkapital beträgt 5000 Goldmark. Die Gesellschaft bestellt einen Geschäftsführer. August Grünig, Mühlwieser, Schriesheim, ist Geschäftsführer.

Mannheim, 11. Juni 1924.  
Bad. Amtsgericht, B.-G. 4.

**Mannheim.** B.768

Zum Handelsregister B Band XXVI D.-Z. 39, Firma „Armbruster & Co. Gesellschaft“ in Mannheim, wurde heute eingetragen: Die Prokura des Karl Heitertott ist erloschen.

Mannheim, 13. Juni 1924.  
Bad. Amtsgericht, B.-G. 4.

**Mannheim.** B.769

In unser Handelsregister A wurde heute eingetragen: 1. Band IV D.-Z. 190, Firma „Werner Denkebach“ in Mannheim: Gustav Bürz, Mannheim, u. der bisherige Prokurist Robert Weller, Mannheim, sind als Gesamtprokuristen bestellt.

2. Band XIX D.-Z. 101, Firma „Georg Heinrichsdorff, Baumaterialien - Großhandlung“ in Mannheim: Die Prokura des Kurt Olbrich ist erloschen.

3. Band XXI D.-Z. 99, Firma „Joseph Bögle & Co.“ in Mannheim: August Heinrich ist als persönlich haftender Gesellschafter ausgeschieden. Die Direktoren Leopold Groch, Heidelberg, Hermann Nag, Mannheim, Heinrich Schneider, Mannheim, Maurat Walter Kämpf, Mannheim, Wilhelm Delfferich, Mannheim, Josef Siebened, Mannheim, Franz Grech,

München, sind als Gesamtprokuristen derart bestellt, daß jeder von ihnen gemeinsam mit einem Prokuristen zeichnungsberechtigt ist.

4. Band XXV D.-Z. 6, Firma „Olbrich & Steinbader“ in Mannheim. Persönlich haftende Gesellschafter sind die Kaufleute Kurt Olbrich, Mannheim, und Philipp Steinbader, Laudenbach a. d. Bergstr. Die offene Handelsgesellschaft hat am 15. Mai 1924 begonnen.

5. Band XXV D.-Z. 7, Firma „Ludwig Lehmann“ in Mannheim. Inhaber ist Ludwig Lehmann, Kaufmann, Mannheim.

6. Band XXV D.-Z. 8, Firma „Johanna Morawiek“ in Mannheim-Heidenheim. Inhaber ist August Morawiek Ehefrau, Johanna geb. Zimmermann, Mannheim-Heidenheim. August Morawiek, Mannheim-Heidenheim, ist als Prokurist bestellt.

Mannheim, 14. Juni 1924.  
Bad. Amtsgericht, B.-G. 4.

**Mannheim.** B.770

Zum Handelsregister A D.-Z. 91, betr. die Firma Theodor Walz in Erloch, wurde eingetragen: Der Firmeninhaber Theodor Walz ist am 1. November 1923 gestorben. Die Mühlenbesitzer Emil Walz und August Walz, beide in Erloch, sind am 1. Januar 1924 als persönlich haftende Gesellschafter in die Firma eingetreten. Die offene Handelsgesellschaft hat am 1. Januar 1924 begonnen. Jeder Gesellschafter ist berechtigt, die Gesellschaft zu vertreten und zu zeichnen. Vermögen und Verbindlichkeiten der seitberzogen Einzel-Firma sind auf die offene Handelsgesellschaft nicht übergegangen.

Oberloch, 11. Juni 1924.  
Bad. Amtsgericht.

**Forstheim.** B.766

Handelsregister-Eintrag. Firma W. Müller, Metallverwertungsgesellschaft m. b. H. in Forstheim. Die Zweigniederlassung in Berlin ist seit 31. Januar 1924 aufgehoben.

Mannheim, 11. Juni 1924.  
Bad. Amtsgericht.

**Forstheim.** B.767

Handelsregister-Eintrag. Firma Badenia Betriebsstoff- u. Delhandels-Gesellschaft m. beschr. Haftung in Forstheim, bad. Güterbahnhof 31: Dem Walter Blessing in Forstheim ist Einzelprokura erteilt.

Mannheim, 11. Juni 1924.  
Bad. Amtsgericht.

**Forstheim.** B.768

Handelsregister-Eintrag. Firma Fr. Krauth & Cie. in Forstheim, Engstr. 43: Obergeringenieur Paul Müller in Forstheim, dessen Prokura erloschen ist, ist in das Geschäft als persönlich haftender Gesellschafter eingetreten. Offene Handelsgesellschaft seit 1. Juli 1921. Dem Fr. Frieda Titellius in Neuenbürg ist Einzelprokura erteilt.

Mannheim, 11. Juni 1924.  
Bad. Amtsgericht.

**Forstheim.** B.769

Handelsregister-Eintrag. Firma Fr. Krauth & Cie. in Forstheim, Engstr. 43: Obergeringenieur Paul Müller in Forstheim, dessen Prokura erloschen ist, ist in das Geschäft als persönlich haftender Gesellschafter eingetreten. Offene Handelsgesellschaft seit 1. Juli 1921. Dem Fr. Frieda Titellius in Neuenbürg ist Einzelprokura erteilt.

Mannheim, 11. Juni 1924.  
Bad. Amtsgericht.

**Forstheim.** B.770

Handelsregister-Eintrag. Firma Fr. Krauth & Cie. in Forstheim, Engstr. 43: Obergeringenieur Paul Müller in Forstheim, dessen Prokura erloschen ist, ist in das Geschäft als persönlich haftender Gesellschafter eingetreten. Offene Handelsgesellschaft seit 1. Juli 1921. Dem Fr. Frieda Titellius in Neuenbürg ist Einzelprokura erteilt.

Mannheim, 11. Juni 1924.  
Bad. Amtsgericht.

**Forstheim.** B.771

Handelsregister-Eintrag. Firma Fr. Krauth & Cie. in Forstheim, Engstr. 43: Obergeringenieur Paul Müller in Forstheim, dessen Prokura erloschen ist, ist in das Geschäft als persönlich haftender Gesellschafter eingetreten. Offene Handelsgesellschaft seit 1. Juli 1921. Dem Fr. Frieda Titellius in Neuenbürg ist Einzelprokura erteilt.

Mannheim, 11. Juni 1924.  
Bad. Amtsgericht.

**Forstheim.** B.772

Handelsregister-Eintrag. Firma Fr. Krauth & Cie. in Forstheim, Engstr. 43: Obergeringenieur Paul Müller in Forstheim, dessen Prokura erloschen ist, ist in das Geschäft als persönlich haftender Gesellschafter eingetreten. Offene Handelsgesellschaft seit 1. Juli 1921. Dem Fr. Frieda Titellius in Neuenbürg ist Einzelprokura erteilt.

**53. Offenburger Geld-Lotterie**  
Gesamt-Gewinne **12000** Haupt-Gewinn evtl. **6000**  
Losbriefe **Sofortiger Gewinn - Auszahlung**  
Lospreis je 1 G.-M., Porto u. Liste 25 Pfg. extra. Zu haben bei Lotterie-Unternehmer **J. Stürmer, Mannheim, O. 7, 11. u. allen Lotterie-Geschäften**  
Postcheckkonto: 17043 Karlsruhe

**Franz Haniel & Cie.**  
Größte Rheinflotte G. m. b. H. Eigene Zechen  
**Zweigstelle Karlsruhe** Kaiserstraße 231  
Kaisersplatz 4855 u. 4856  
Kohlen Kalisalze  
Koks Düngekalk  
Briketts Thomasmehl  
Brennholz Stickstoffdünger  
**Gross- und Kleinverkauf**  
Wir empfehlen jetzt schon mit der Eindeckung des Winterbedarfs zu beginnen D.334

**G. Braun**  
vormals G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag  
Karlsruhe, Karlsruhstr. 14  
**Modern eingerichtete leistungsfähige Buchdruckerei**  
Herstellung von Druckerarbeiten jeder Art: Altien, Wertpapiere, Prospekte, Kataloge usw. in einfacher bis feinsten Ausführung, in deutschem und fremdsprachlichem Satz

**Badische Beamten-Genossenschaftsbank**  
e. G. m. b. H. Karlsruhe.  
Am 20. Juni 1924 findet um 10 Uhr vor-mittags im Rathausaal die Vertreter-versammlung statt.  
Tagesordnung: 1. Begrüßung. 2. Geschäftsbericht, Bilanz, Entlastung. 3. Satzungsänderungen. 4. Wahl. 5. Verschiedenes.  
Materialarbeiten für den Bauantrag um eisenen Bahndämmen und Bahnschleppdämmen zu vergeben. Pläne und Bedingungen auf unserer Kanzlei, Wilhelmstraße 19, zur Einsicht; dort auch Abgabe der Angebotsurkunde. Kein Versand nach auswärtig. Angebote mit Aufschrift, verschlossen und

**Radolfzell.** B.760  
Zum Handelsregister A Band I D.-Z. 159 ist bei der Firma Mechanische Trikotwarenfabrik Otto Sellmann in Oberstaad, eingetragen: Die offene Handelsgesellschaft ist aufgelöst und die Firma erloschen. (Übergang auf die Firma Mechanische Trikotwarenfabrik Oberstaad, Sellmann, Weiler & Co.) Radolfzell, 16. Juni 1924.  
Bad. Amtsgericht.

**Radolfzell.** B.763  
Zum Handelsregister A Band II D.-Z. 80 ist bei der Firma Elektro-Verlegete-Werke Rasse, Jäger & Paul, Kommanditgesellschaft in Radolfzell, eingetragen: Die Gesellschaft ist seit 25. Mai 1924 aufgelöst u. die Firma erloschen. Radolfzell, 17. Juni 1924.  
Bad. Amtsgericht.

**Radolfzell.** B.778  
Zum Handelsregister A Band II D.-Z. 114 ist eingetragen die Firma: G. Bruner Nachf., Zweigniederlassung Singen - Hauptk. Konstanz. Inhaber: Fris Bruner, Kaufmann in Konstanz. Dem Kaufmann Fris Bruner Sohn in Konstanz ist Prokura erteilt. Radolfzell, 18. Juni 1924.  
Bad. Amtsgericht.